

Die HRI-Konjunkturprognose – 22. September 2023

Nullwachstum wird die neue Normalität

Die deutsche Konjunktur stabilisiert sich im Winter, doch der herbeigesehnte Aufschwung bleibt wohl aus. Das Wirtschaftswachstum bleibt auf Dauer schwach.

Von Dennis Huchzermeier, Bernhard Köster und Axel Schrunner

Das Handelsblatt Research Institute (HRI) hat seine Konjunkturerwartungen für Deutschland nochmals leicht nach unten revidiert. Für 2024 rechnet das Institut mit einem bescheidenen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 0,3 Prozent. Das sind 0,3 Prozentpunkte weniger als im Sommer prognostiziert. Zugleich passte das Institut seine Prognose für das laufende Jahr an und erwartet nun einen weniger starken Rückgang von 0,5 Prozent. Vor drei Monaten war das HRI davon ausgegangen, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um 0,7 Prozent schrumpfen wird.

„Die deutsche Volkswirtschaft steckt in der mutmaßlich schwierigsten Phase der Nachkriegsgeschichte“, sagt HRI-Präsident Bert Rürup. Gravierende strukturelle Probleme verstärkten die von Pandemie und Ukrainekrieg ausgelösten Konjunkturschocks. Deshalb habe Deutschland als einzig große Volkswirtschaft das Vorkrisen-niveau des Jahres 2019 noch nicht wieder erreicht. „Perspektivisch wird sich Deutschland an geringe Wachstumsraten gewöhnen müssen“, erwartet Rürup.

Mit seinen Konjunkturerwartungen für 2024 ist das HRI deutlich pessimistischer als die meisten anderen Experten, die mehrheitlich

immerhin rund ein bis 1,5 Prozent Wachstum vorhersagen. Zwar geht das HRI davon aus, dass der deutschen Volkswirtschaft keine Energiemangellage droht und damit eine neuerliche Winterrezession vermieden werden kann. Im Gegensatz zu den anderen Instituten sieht das HRI jedoch keinen merklichen Aufschwung.

Die Inflation wird demnach weiter rückläufig sein, allerdings mit sechs Prozent in diesem und 3,3 Prozent im kommenden Jahr noch merklich über dem EZB-Ziel von zwei Prozent bleiben. Binnen vier Jahren wären damit die Verbraucherpreise um rund 20 Prozent gestiegen – und Einkommen und Geldvermögen im ähnlichen Maße entwertet. Da viele Arbeitgeber ihren Beschäftigten recht hohe steuerfreie Einmalzahlungen gewährten, die dauerhaften Lohnerhöhungen sich jedoch oft in Grenzen hielten, sinken die Reallöhne, dieses Jahr wohl das vierte Mal in Folge. Zudem laufen staatliche Hilfen wie die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas und gastronomische Leistungen aus oder waren wie das Energiegeld als Einmalzahlung angelegt. Die Konsumenten müssen von nun an mit der Teuerung alleine zurechtkommen.

Der private Konsum, der immerhin etwa die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt beisteuert, dürfte daher dieses Jahr real schrumpfen und diesen Rückgang in 2024 in etwa wieder aufholen. Damit wird das Konsumniveau aber auch 2024 das Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019 deutlich verfehlen. Größter Stabilisator des privaten Konsums ist die wachsende Bevölkerung infolge der Zuwanderung. Ende 2022 zählte das Statistische Bundesamt 84,4 Millionen Einwohner, 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Überdies steigt die Grundsicherung 2024 erneut um rund zwölf Prozent an, und der Mindestlohn wurde bereits zum 1. Oktober 2022

um 15 Prozent auf zwölf Euro pro Stunde erhöht. Anders als viele Erwerbstätige mussten Grundsicherung- und Mindestlohnempfänger keine realen Einkommenseinbußen hinnehmen.

Jenseits der Mindestloohnerhöhung ist das Potenzial für kräftige Lohnsteigerungen angesichts der andauernden wirtschaftlichen Schwächephase jedoch begrenzt. Hinzu kommt, dass sich die steigenden Sozialabgaben weiter negativ auf das Nettoentgelt auswirken. Bereits in diesem Jahr stiegen die Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung teils deutlich an. Für 2024 zeichnen sich weitere Beitragserhöhungen ab. Überdies steigen die Beitragsbemessungsgrenzen kräftig, sodass Gutverdiener selbst ohne Beitragssprünge bis zu 50 Euro je Monat mehr bezahlen müssen. Insgesamt sind damit die Vorzeichen für eine Erholung des privaten Konsums keineswegs gut.

Der Arbeitsmarkt hält sich angesichts der anhaltenden Stagflation – also eine Inflation bei gleichzeitiger Stagnation der Wirtschaft – zwar recht gut. Doch von einem hohen Berschäftigungsgrad oder gar Jobwunder kann keine Rede mehr sein. Im Vergleich zu den Rekordtiefs im Herbst 2019 sind heute rund 500.000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet. Im Gesamtjahr 2023 und in 2024 dürfte die Arbeitslosenzahl voraussichtlich um jeweils knapp 200.000 ansteigen.

Gleichzeitig wird die Erwerbstätigkeit dieses Jahr mit 45,9 Millionen ihr Maximum erreichen – und ab 2024 zunächst langsam und dann immer rascher sinken. Verschärft wird diese Situation durch das sinkende Bildungsniveau in Deutschland, wodurch gerade die junge Bevölkerung oft nicht über die nötigen Qualifizierungen für den Arbeitsmarkt verfügt. Die Bundesregierung bemüht sich zwar, diesem Trend mit dem

Fachkräfteeinwanderungsgesetz entgegenzuwirken. Angesichts langwieriger Verfahren, überlasteter Behörden und Wohnraumangel ist aber nicht zu erwarten, dass die qualifizierte Zuwanderung merklich zunimmt. Die Bevölkerung wächst also weiter, die Anzahl der Erwerbstätigen schrumpft jedoch. Forciert wird der Arbeitskräftemangel durch den Trend zur Teilzeit. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) betrug die Teilzeitquote im zweiten Quartal dieses Jahres 39,1 Prozent und war damit 0,3 Punkte höher als im Frühjahr 2019, also vor dem Pandemieausbruch. Das Arbeitszeitvolumen betrug im Vorjahr 61,41 Milliarden Stunden und lag damit 1,2 Prozent niedriger als 2019. Letztlich wurde also weniger Arbeit von mehr Personen erledigt.

In der Vergangenheit endeten ökonomische Schwächephasen in Deutschland meist mit einer anziehenden Auslandsnachfrage. Diese beflügelte zunächst die exportorientierte Industrie und in einem zweiten Schritt infolge steigender Investitionen und Löhne auch die Inlandsnachfrage. Doch Deutschlands wichtigste Handelspartner – die übrigen EU-Staaten, China und die USA – kämpfen mit eigenen gesamtwirtschaftlichen Problemen. Auch auf den anderen EU-Ökonomien lasten teurer gewordene Energie, Inflation und gestiegene Zinsen. Außerdem ist ein Großteil der Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds der EU bereits aufgebraucht.

Chinas Wirtschaft leidet unter den Spätfolgen der Pandemie sowie einer schwelenden Immobilienkrise. Der Staatsführung in Peking fehlen Mut und Mittel für ein großes Konjunkturpaket. Den USA dürfte zwar eine Rezession infolge der rigiden Geldpolitik erspart bleiben. Gleichwohl zielt

die Wirtschaftspolitik der Biden-Regierung darauf ab, nicht Importe, sondern Investitionen ins Land zu locken. Kurzum ist nicht zu erwarten, dass die Nachfrage nach Made in Germany anzieht. Im Gegenteil: Die deutschen Exporte werden laut HRI-Prognose dieses Jahr um 0,9 und 2024 um weitere 0,3 Prozent schrumpfen.

Desaströs ist die Lage auf dem Bau, insbesondere dem Wohnungsbau. Im Juli wurden 21.000 Wohnungen genehmigt – fast ein Drittel weniger als im Juli 2022. Von Januar bis Juli 2023 sank die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 27,8 Prozent. Dies entspricht einen Rückgang um 60.300 auf 156.200 Wohnungen. Grund für die Auftragskrise sind stark gestiegene Baukosten und höhere Zinsen bei gleichzeitig sinkenden Realeinkommen und gekürzten Förderprogrammen.

Nach dem Einbruch im Vorjahr dürften die Bauinvestitionen laut HRI-Prognose im laufenden Jahr um 0,6 und im kommenden Jahr um weitere 0,9 Prozent sinken. Noch arbeiten viele Unternehmen ihren Auftragsbestand ab. Doch zieht das Neugeschäft nicht bald wieder an, droht eine Pleitewelle in der stark von kleinen und oft finanzschwachen Unternehmen geprägten Bauwirtschaft.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden der HRI-Prognose zufolge 2023 und 2024 hingegen moderat zulegen und damit die Konjunktur stabilisieren. Digitalisierung, gestiegene Energiekosten, die angestrebte Dekarbonisierung und normaler Verschleiß zwingen die Unternehmen dazu, in neue Anlagen zu investieren. Allerdings zeigen Umfragen, dass viele große und größere mittelständische Unternehmen erwägen, energieintensive Produktionsstätten ins Ausland zu verlegen. Nicht nur die

USA werben mit billiger Energie und Subventionen für Green-Tech-Investitionen, auch im Nachbarland Frankreich kostet Strom derzeit nur etwa halb so viel wie in Deutschland.

Der angestrebte Ausbau erneuerbarer Energien wird nicht schnell genug voranschreiten, um rasch für Entspannung zu sorgen. Das Bundeswirtschaftsministerium geht davon aus, dass der Strompreis von 2023 bis 2035 lediglich um etwa sieben Prozent sinken wird – von knapp 42 auf knapp 39 Cent.

Darüber hinaus muss Deutschland seine marode Verkehrsinfrastruktur modernisieren, die Verwaltungsabläufe digitalisieren und den Standort durch zeitgemäße Abschreibungsbedingungen und Unternehmenssteuern – und nicht durch hohe Subventionen für einzelne Unternehmen – für Investoren attraktiver machen. Überdies erfordert der angestrebte grüne Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft immense Investitionen in den kommenden zwei Dekaden. Dem Staat fehlen dazu nicht zuletzt wegen gestiegener Zinsen und der wieder scharf gestellten Schuldenbremse die finanziellen Mittel, und Private investieren nur dann am Standort Deutschland, wenn sie sich davon Gewinne versprechen. Angesichts der vielen Wenss und Abers geht das HRI davon aus, dass die deutsche Volkswirtschaft nicht auf ihren alten Wachstumspfad zurückkehren wird. Reales Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent pro Jahr wie in der vergangenen Dekade dürften allenfalls die Ausnahme denn die Regel werden. Vielmehr dürfte die Volkswirtschaft im Schnitt zunächst noch real rund 0,2 Prozent pro Quartal zulegen, spätestens in der kommenden Dekade dürfte Wachstum dann keine Selbstverständlichkeit mehr sein.

Womöglich werden Geschäfte angesichts von Personalmangel ihre Öffnungszeiten reduzieren und personalintensive Dienstleister Ruhetage einlegen müssen. Der Pflegenotstand wird Klinik- und Pflegeheimschließungen unausweichlich machen, manch Unternehmen wird Prämien ausloben, wenn Teilzeitbeschäftigte ihre Arbeitszeit aufstocken. „Ohne beherztes Gegensteuern wird Nullwachstum zur neuen Normalität“, warnt HRI-Präsident Rürup. Ohne gesamtwirtschaftliche Zuwächse würden die politischen Verteilungskämpfe schärfer. Schließlich könnten knappe Haushaltsmittel nur einmal ausgegeben werden, also entweder zur Kofinanzierung der Sozialversicherungen, zur Landesverteidigung, Dekarbonisierung, einer Bildungsoffensive oder für die Modernisierung der Infrastruktur, warnt Rürup. „Dringend nötig wäre alles davon.“